

ARMIN GRUNWALD

Ende einer Illusion

WARUM ÖKOLOGISCH KORREKTER
KONSUM DIE UMWELT NICHT
RETTEN KANN



politische Behandlung des Klimawandels ernüchternd. Die jährlichen Klimakonferenzen sind zu Ritualen und massenmedialen Schauspielen geworden: Zunächst werden hohe Erwartungen geweckt, dann wird das komplette Scheitern befürchtet und schließlich gibt es Formelkompromisse und Absichtserklärungen mit geringen Auswirkungen oder ohne Verbindlichkeit. Das jüngste Verhalten Kanadas bringt die Problematik auf den Punkt: Kanada hätte die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Ziele bei weitem nicht erreichen können. Damit wäre es zu milliarden-schweren Sanktionen gekommen. Um diese zu umgehen, wurde das Kyoto-Protokoll gekündigt. So einfach kann das sein.

Enttäuschungen anderer Art folgten nach der Wahl von Barack Obama zum amerikanischen Präsidenten. Seine Amtsübernahme war vielfach (auch) als Sieg der Nachhaltigkeitsidee gefeiert worden und die Erwartungen an das Ende der bis dato aus europäischer Sicht defensiven bis destruktiven Haltung der USA in Sachen Klima- und Umweltschutz dementsprechend hoch. Doch nach dem Amtseid stellte sich rasch heraus, dass sich so viel gar nicht geändert hatte: Weiterhin dominierten die US-amerikanischen Interessen, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht.

In Deutschland wurde 2001 der Rat für Nachhaltige Entwicklung gegründet und trat 2002 die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie in Kraft. Die anfänglich hohe Aufmerksamkeit ist in der Zwischenzeit gewichen. Nachhaltigkeit ist weitgehend Ministerien und Behörden überantwortet,

welche mit viel Mühe und Einsatz, aber wenig politischer und öffentlicher Aufmerksamkeit die Nachhaltigkeitsstrategie betreiben.

Gemessen an den ursprünglich hohen Erwartungen an die Politik ist Ernüchterung eingetreten, national wie global. Zu viele Misserfolge sind zu verbuchen, Fortschritte kaum sichtbar. Hinzu kommt ein Misstrauen in politische Institutionen und Personen. Ihnen wird die Ausrichtung an kurzfristigen Vorteilen, zum Beispiel im Hinblick auf Wahlen, vorgeworfen, während die Idee der Nachhaltigkeit eine über tagespolitische Aktualitäten hinausgehende Langfristorientierung erfordert. Die vielfach beklagte Politikverdrossenheit äußert sich auch darin, dass dem politischen System und seinen Akteuren im Feld der Nachhaltigkeit nur noch wenig zugetraut wird.

Die Wirtschaft als Motor der Nachhaltigkeit?

Von Wirtschaft und Unternehmen zu erwarten, die Entwicklung in Richtung zu mehr Nachhaltigkeit anzuschieben, mag zunächst überraschen, sind Unternehmen doch durch Renditezwänge, Quartalsberichte und Profitorientierung dominiert und tendenziell gerade nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet. Kurzfristige Erfolge in Bezug auf Gewinn, Umsatz und Marktanteile zählen für die Firmenbewertung grundsätzlich mehr als Langzeitverantwortung. Doch auch Unternehmen wollen auf Dauer bestehen und sind nicht daran interessiert, sich selbst das Wasser abzu-

graben. Und sie sind abhängig von politischen Rahmenbedingungen sowie von der Gunst der Käufer und Konsumenten. In dem Maße wie seitens der Politik mehr Wert auf Nachhaltigkeit gelegt wird und wie Massenmedien nicht nachhaltige Produktionsweisen wie Umweltprobleme oder untragbare Arbeitsbedingungen aufdecken und skandalisieren, wird Nachhaltigkeit vom Verkaufshindernis zu einem Verkaufsargument. Zumindest müssen negative Schlagzeilen vermieden werden. So hat auch in der Wirtschaft das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ein Stück weit Fuß gefasst. Viele Unternehmen haben entsprechende Strategien und Geschäftsmodelle entwickelt, legen jährliche Nachhaltigkeitsberichte vor und haben sich einem Unternehmensethos der Nachhaltigkeit verpflichtet. An den Aktienmärkten wurde der »Dow Jones Sustainability« eingerichtet, der neben den üblichen ökonomischen auch ökologische und soziale Aspekte berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund bestand einige Zeit lang die Erwartung, dass die Wirtschaft sich auf eine »nachhaltige Produktion« einlassen und dadurch zum weltweit zentralen Motor der Nachhaltigkeitsbewegung werden könnte.

Diese Erwartungen haben sich allerdings spätestens seit der Weltwirtschaftskrise 2008 in Luft aufgelöst. Es wurde allzu deutlich, wie wenig nachhaltig das globale System der Finanzmärkte agiert. Der daraus resultierende Vertrauensverlust betraf nicht nur die Banken, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem als Ganzes, wenngleich

es – wohl mangels Alternative – keine wirklich große Gegenbewegung gab. Der Occupy-Bewegung, die zeitweise zu einer weltweiten kapitalismuskritischen Bewegung zu werden schien, fehlte ein konstruktives Programm, um größere Anziehungskraft zu entwickeln. Es reicht nicht, gegen die Macht der Banken zu demonstrieren. Die Logik des Wirtschaftssystems steht offensichtlich, dies ist eine der Lehren aus der Wirtschaftskrise, wohl doch in einem stärkeren Gegensatz zu einigen – nicht allen – Grundgedanken der Nachhaltigkeit, als dies zwischenzeitlich angenommen worden war. So gesehen war die Weltwirtschaftskrise eine Art Realitätsschock. Wer heute von der Wirtschaft und den Unternehmen eine große Antriebskraft Richtung nachhaltige Entwicklung erwartet, hat es schwer.

Hoffnungsträger Zivilgesellschaft

Ein weiterer Stern der Hoffnung am Himmel der Nachhaltigkeit ist die sogenannte Zivilgesellschaft. Global arbeitende Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace oder Friends of the Earth betätigen sich als Warner und Mahner. Auf regionaler und lokaler Ebene engagieren sich Bürgerinitiativen und Einzelpersonen. Darüber hinaus gibt es eine große Vielfalt nichtstaatlicher, formeller und informeller Organisationen und Gruppen wie Umwelt-, Verbraucherschutz-, Frauenrechts- oder Menschenrechtsorganisationen, Eine-Welt- und Bürgerinitiativen, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Religionsgemeinschaften. Zu-

mindest einige von ihnen sind auf nationaler wie internationaler Ebene ein nicht mehr wegzudenkender Teil des Regierens geworden. Als Vertreter bestimmter Interessen (zum Beispiel im Umweltschutz, in der Förderung des Handels mit Entwicklungsländern oder in der Bekämpfung von Armut und Hunger) platzieren sie Themen auf der politischen und massenmedialen Agenda, machen Vorschläge für Verbesserungen oder Alternativen und konnten durchaus signifikante Erfolge verbuchen (Grundwald/Kopfmüller 2012). Die Zivilgesellschaft ist im Rahmen einer globalen Weltordnung und im Sinne nachhaltiger Entwicklung unverzichtbar geworden.

Das reicht jedoch nicht aus, um den entscheidenden Schlüssel für nachhaltige Entwicklung in diesem Bereich zu finden. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben außerhalb der UN-Ebene kein Mandat in den politischen Entscheidungsprozessen. Vielmehr hängt der Zugang zu politischen Entscheidungen meist vom Wohlwollen des Systems ab. Die Tatsache, dass gerade die Distanz zur Politik eine Quelle der Anerkennung ist, führt in entscheidenden Momenten oft zu geringerem Einfluss. Auch sind zivilgesellschaftliche Akteure meist nicht frei von eigenen Interessen und unmittelbar am Gemeinwohl ausgerichtet. Ihre Positionen und Forderungen sind zunächst *per se* partikulär, demokratisch sind sie nicht legitimiert. Häufig ist unklar, für wen und für wie viele sie sprechen. Gelegentlich wird der Verdacht geäußert, dass sich relativ kleine Minderheiten auf diesem Weg Gehör verschaffen. Damit